Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 48 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Malstaffel 1 oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 5 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361—9366

Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 66 × Donnerstag, 18. März 1937 45. Jahrgang

Neue Wiener Lügenhetze

„Kompromiß" zwischen Regierung Blum und Gewerkschaften — Bolschewistenhandel um Spanisch-Marokko — Italiens Islampolitik

Die grünen Schwerter

Die grünen Kurschwerter auf silbernem Grund werden künftig Symbol aller Werbung sein, die dem ganzen Lande Sachsen gilt. Sie sollen überall erscheinen, wo Schönheit und Leistung des Gaues dargetan werden, um hierdurch zu zeigen, welchen Anteil das Staatsgebiet am Gesamtschaffen der Nation besitzt. Es besteht kein Zweifel, daß gerade dieses Zeichen außerordentlich geeignet ist zu diesem Zweck, da es schon durch seine historische Tradition weitgehend bekanntgeworden ist. Darüber hinaus zeigt es den schlichten, einprägsamen Stil, dessen sich jede sinnvolle und geschmackvolle Propaganda bedienen muß.

Reichsstatthalter Mutschmann hat einem vielfach geäußerten Wunsch der heimischen Wirtschaft entsprochen, als er den Auftrag gab, dieses „Sachsenzeichen" einzuführen. Unser Gau ist darauf angewiesen, besonders nachdrücklich dafür zu sorgen, daß seine Arbeit und seine Werte allgemeines Interesse erwecken. Ein Land, das rund fünf Millionen Menschen auf geringstem Raum erhalten muß, kann nicht genug tun, um der Produktion seiner Industrien alle nur möglichen Absatzgebiete zu erschließen. Und wer die Fülle der Werke und Fabriken, die sich im engen Netz über das ganze Staatsgebiet verteilen, betrachtet, darf nicht übersehen, daß jeder einzelne Betrieb immer wieder einzelne Kunden braucht, um seine Erzeugnisse zu verkaufen. Dieser flüchtige Hinweis mag andeuten, welcher ungeheure propagandistische Einsatz erforderlich ist, um Sachsens Stellung auf dem deutschen und dem Weltmarkt zu halten und zu festigen.

In den letzten Monaten sind viele Maßnahmen getroffen worden, um die Sachsenwerbung zu erweitern. Das „Heimatwerk" hat schon in dem ersten halben Jahr seines Bestehens mehr Pläne verwirklichen und noch mehr Pläne ausarbeiten können. Selbstverständlich mußte sich diese Arbeit den Gesamtinteressen des Landes widmen und zunächst dafür sorgen, daß die schlimmsten Folgen einer weitverbreiteten Unkenntnis Sachsens beseitigt wurden. Auf diese Weise gelang es, Versäumtes systematisch nachzuholen und die Wege für den neuen Aufbau freizulegen. Der Kampf gegen die sogenannten „Sachsenkomiker" entstand nicht zuletzt aus der Erkenntnis, daß es unmöglich ist, der kulturellen Leistung des Landes ein würdiges Echo zu schaffen, solange Bühne und Kabarett jede Gelegenheit benutzten, um Zerrbilder jener Menschen vorzuführen, deren überragende Schaffenskraft Weltruf erlangt hat. Es ist gelungen, derartige Erscheinungen zum überwiegenden Teil verschwinden zu lassen. Das ist ein unbestrittener Erfolg, der freilich nur durch umfängliche Kleinarbeit erreicht werden konnte.

Es ist immer erneut betont worden, daß das „Heimatwerk" nicht die Absicht hat, nur einen Abwehrkampf zu führen. Es hat sich darum immer wieder anregend betätigt, indem es vorhandenen Organisationen neue Möglichkeiten wies oder verhinderte, daß nützliche Arbeit zersplitterte, da die einheitliche Marschroute fehlte. Es hat darüber gewacht, daß Sachsen immer dort, wo es anging, repräsentativ vertreten war. Schließlich hat es sich bemüht, denjenigen Wirtschaftszweigen weitgehende Förderung angedeihen zu lassen, die von der allgemeinen Gesundung erst ungenügend erfaßt wurden. Auf dieser Linie lag die Durchführung der „Erzgebirgischen Weihnachtsschau" im Nachbargau Schlesien, die mit großem Erfolg für die Spielzeugmacher des Erzgebirges werben konnte.

Diese vielversprechenden Anfänge werden nun, nachdem der Aufbau der Organisation vollendet ist, mit aller Energie fortentwickelt werden. Kultur, Wirtschaft und Volkstum werden hierbei stets einer gleichbleibenden Förderung bedürfen. Welchen Umfang diese Pläne haben, hat Ministerialdirektor Lahr, der Leiter der sächsischen Staatskanzlei, zuletzt bei der Plauener Verkehrstagung dargelegt. Sachsen wird sich danach nicht damit begnügen, eine direkte Werbung zu betreiben. Es wird vor allem versuchen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß seine Leistung für sich spricht und also die überzeugendste Auskunft über heimischen Fleiß und heimische Reglamkeit erteilt. Das Fremdenverkehrsland Sachsen hat hier hundertfältige Gelegenheit, durch die Verschönerung seiner Landschaft usw. propagandistisch zu wirken. Die Bestrebung, nicht nur theoretische Vorschläge zu machen, sondern praktische Unterstützung zu erteilen, drückt sich auch in dem Architektenwettbewerb aus, der erst in diesen Tagen veröffentlicht wurde.

Die Arbeit geht weiter. Im Zeichen der grünen Kurschwerter wird Sachsen alles daran setzen, um das nationalsozialistische Aufbauwerk des Dritten Reiches mit allen Kräften zu unterstützen. Denn dieses Symbol soll stets daran erinnern, daß alles, was mit ihm bezeichnet ist, dem Gau entstammt, dessen Wertarbeit internationale Geltung erhalten hat. So bedeutet es eine Auszeichnung und eine Verpflichtung. —n.

Wird Oesterreich endlich handeln?

Bericht unsrer Berliner Schriftleitung

Br. **Berlin**, 18. März

Der Wiener „Telegraf" vom 17. März bringt eine Meldung, als deren Herkunftsort München genannt und in der behauptet wird, der Reichspressechef der NSDAP., Dr. Dietrich, sei in Bamberg verhaftet und von der Staatspolizei ins Gefängnis geführt worden, weil er in alkoholisiertem Zustand sehr abfällige, schriftlich überhaupt nicht wiederzugebende Aeußerungen gegen den Führer und gegen die Partei gemacht habe.

Dr. Dietrich hat am Mittwoch den Führer selbst von dieser Meldung unterrichtet.

Außerdem hatte ein Kreis deutscher Pressevertreter Gelegenheit, den Reichspressechef unter sich zu sehen. Das sei lediglich am Rande vermerkt, denn wir kommen auf diese Dinge nicht zu sprechen, weil wir meinen, sie widerlegen und richtigstellen zu müssen. Derartige Nachrichten tragen das Zeichen der Lüge zu offenkundig auf der Stirn, als daß man sie im besonderen dementieren müßte. Uns scheint es vielmehr notwendig, endlich einmal näher auf die Tatsache einzugehen, daß

derlei Lügen in der jüdischen Presse Wiens Tag für Tag

erscheinen. Sie werden von ihnen systematisch verbreitet. Das ist das Entscheidende. Es ist das gleiche System der Lügenhetze gegen Deutschland, das so oft gerade in letzter Zeit in besonders krassen Fällen — wir erinnern nur an die Behauptungen über deutsche Absichten auf Spanisch-Marokko und über die bevorstehende Besetzung Danzigs — sichtbar geworden ist. Planmäßig sucht man Deutschland zu verunglimpfen, den inneren Zustand des Reiches und die Absichten seiner Regierung vor der Welt zu verdächtigen. Man sucht

vor allem auch die Person des Führers

zu beleidigen. Das ist sicher auch die Absicht des „Telegraf" gewesen. Denn es kommt wohl nicht von ungefähr, daß gerade ein Mitglied der engsten Umgebung des Führers, ein Mann der besonderen Wahl und des besonderen Vertrauens Adolf Hitlers, erbärmlichster Handlungen bezichtigt wird. Man arbeitet nach der Methode: Etwas bleibt an dem, der mit Dreck beworfen wird, auf jeden Fall haften. Hier

eine kleine Blütenlese

aus der jüdischen Hetzpresse Wiens in den letzten Tagen: Die „Stunde" vom 11. März gibt eine Pariser Meldung wieder, in der es heißt, in Deutschland würden täglich Tausende verhaftet, weil die deutsche Arbeiterschaft sich für die spanische Volksfront erklärt habe und in den Betrieben ungeheure Sammlungen stattfänden. Der „Telegraf" vom 11. März berichtet gar von einem SS.-Putsch auf München, der in der Nacht vom 5. zum 6. März stattgefunden habe. Die SS. habe versucht, sich Münchens zu bemächtigen. Tausende von Verhaftungen! 24 SS.-Führer nach der Schweiz entkommen! Das „Echo" vom 12. März erschütterte seine Leser mit der Nachricht, daß jeder Messegast in Leipzig eine Lebensmittelkarte haben mußte, daß außerdem von den Häusern die Dachrinnen abmontiert werden, weil die Rüstungsindustrie das Zink brauche. Und schließlich behauptet das Blatt, wer an seiner Wohnung keine Plaketten vom Winterhilfswerk habe, werde verhaftet. Die „Stunde" vom 12. März verdächtigt Deutschland imperialistischer Ziele im Osten und sammelt spaltenlange lügnerische Behauptungen gegen Deutschland.

Der Sinn dieses frevlen Spiels ist sehr klar.

Den Erfindern solcher vielfach albernen und blöden Lügen geht es im allgemeinen darum, Mißtrauen gegen Deutschland zu säen. Es geht ihnen im besonderen auch darum, die Verständigung zwischen dem Reich und Oesterreich, hinter der die freudige Zustimmung und der Willen des gesamten deutschen Volkes stehen, und die seit dem 11. Juli die erfreulichsten Fortschritte zu verzeichnen hatte, zu zerstören und, wenn es in ihrer Macht stünde, ernsthafte Spannungen und Gegensätze zwischen den beiden deutschen Staaten hervorzurufen. Die Presse im Reich hat sich mit unbeirrbarer Loyalität an den Geist des Abkommens vom 11. Juni gehalten. Unsre Zeitungen haben mit fast übertriebener Gewissenhaftigkeit auch den leisesten Anschein vermieden, als ob wir uns irgendwie in innere österreichische Verhältnisse einmischen wollten.

Die österreichische Regierung hat mehrfach ausdrücklich versprochen,

nach dem gleichen Grundsatz zu verfahren. Sie hat trotzdem bisher dem üblen Treiben der jüdischen Presse nicht Einhalt geboten. Sie hat wiederholt Warnungen und Proteste der Reichsregierung, wie es diplomatischer Brauch ist, höflich, ja freundlich entgegengenommen, aber sie in der Praxis nicht beachtet. Das sei in diesem Zusammenhange in aller Form festgestellt. Und es sei hervorgehoben, daß es so auf die Dauer nicht weitergeht. Die Reichsregierung, und mit ihr das deutsche Volk diesseits und jenseits der Grenzen, erwartet, daß die österreichische Regierung endlich handelt, wie es ihre Pflicht ist, und dem bösartigen und gefährlichen Treiben der jüdischen Hetzer ein- für allemal ein Ende setzt.

Die Zauberlehrlinge

Paris nach dem Straßenkampf von Clichy

Von unserm Korrespondenten

H. **Paris**, 18. März

In ganz Paris herrschte am gestrigen Tage größte Aufregung. Die blutigen Vorgänge in dem Industrievorort Clichy haben selbst das Interesse an den diplomatischen Verhandlungen über den Westpakt und die künftige Ausgestaltung der belgischen Neutralität, die in den letzten Tagen ganz im Vordergrund standen, zurückgedrängt. Jeder fragt angesichts des politischen Brandes, der so überraschend ausbrach, was die Folgen der blutigen Vorgänge in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch dieser Woche sein werden. Schon melden sich die Vertreter der Sowjets und schreien nach „Rache". Das Manöver ist allzu durchsichtig. Da man selber voller Blutschuld ist, bezichtigt man die andern um so lauter und sucht alle Schuld auf die Hüter der Ordnung abzuwälzen. Die Regierung aber verhandelt ziemlich ängstlich mit den Führern der Mächte, die sie selbst im Staate großwachsen ließ und sucht nach einem Kompromiß, das sie im Amt halten und die wilden Männer auf der äußersten Linken beruhigen soll. Diesem Zweck dient der für Donnerstag angesetzte Pariser Demonstrations-Generalstreik, der an die Stelle des ursprünglich von der äußersten Linken geplanten allgemeinen Generalstreiks treten soll.

Polizei und Mobilgarde sind in höchstem Alarmzustand. Die wichtigsten Brücken, Straßenkreuzungen und öffentlichen Gebäude in Paris stehen unter polizeilichem Schutz. Ueberall sieht man Stahlhelme und Karabiner. Die Regierung scheint nach außen hin also gewillt zu sein, mit allen Mitteln die Ordnung aufrechtzuerhalten. Wird ihr das mit den bisherigen Methoden auf die Dauer gelingen? Es stellt sich jetzt eine große Frage, die politische Frage: Wer wird in diesem von der Straße entfesselten Kampf um die Macht Sieger bleiben? Das bürgerliche Frankreich oder die Jünger Moskaus? Die Regierung Léon Blum wird mit den Ueberredungsmethoden, die sie bisher einigermaßen erfolgreich im Kampfe gegen die Extremisten angewandt hat, nicht mehr weiterkommen. Kann es aber Léon Blum wagen, mit vollem Einsatz der Staatsgewalt die Ruhe aufrechtzuerhalten und die Ordnung zu gewährleisten? Das sind Fragen, über die selbst der Kabinettsrat von gestern abend noch nicht endgültig entscheiden konnte.

Die Zeit der „Diktatur der Ueberredung", von der Léon Blum immer gesprochen hat, und auf die er so stolz war, ist zu Ende. Die Kommunisten haben gezeigt, daß sie sich zur Vernunft nicht „überreden" lassen. Dazu ist es zu spät. Am 6. Februar 1934 hat die Rechte einmal versucht, über die Straße an die Macht zu kommen. Die blutige Nacht auf der Place de la Concorde war das Signal. Daladier war damals Ministerpräsident und wurde gestürzt. Die Regierung Doumergue folgte, bis dann die Sozialisten doch wieder über das Parlament an die Macht kamen. Nunmehr sind die Marxisten von der Färbung Blums den extremen Anhängern Moskaus schon lange „allzu bürgerlich". Ja die Kommunisten setzen sich sogar schon gegen ihre eigenen Führer zur Wehr, weil diese angeblich den Auffassungen Blums und seiner Mitarbeiter „zu hörig" seien. Wie weit Vertreter Trotzkis hier am Werke sind, läßt sich noch nicht übersehen. Bezeichnend ist nur, daß die kommunistisch-marxistischen Führer selbst es nicht wagen, ihren wild gewordenen Anhängern in den Arm zu fallen. Sie haben gestern bewiesen, daß sie doch nur Gefangene der hinter ihnen stehenden entfesselten Massen sind.

Wird es diesen Massen nun gelingen, über die Straße an die Macht zu kommen? Mit Staunen verfolgt Frankreich die Auseinandersetzung, die zwischen dem langjährigen Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei und jetzigen Ministerpräsidenten Léon Blum einerseits und der aufrührerischen Masse anderseits im Gange ist. Daß gerade die Marxisten nunmehr die Aufgabe haben, die bürgerliche Ordnung gegen die Anarchie zu verteidigen, ist bezeichnend. Dabei besteht über die wahren Urheber der Revolte — denn anders kann man die blutigen Ereignisse schon nicht mehr nennen — wohl kein Zweifel mehr. Die wenigen Anhänger der „Französischen Sozialpartei", die sich den Film im Lichtspielhaus von Clichy ansahen — es waren im ganzen nur 300 Mann —, stellten wirklich keine „Provokation" dar. Es steht fest, daß ein ankommendes Polizeiauto mit Schüssen empfangen wurde und nunmehr als Beweisstück zur Verfügung steht. Ein mit Schüssen übersätes Beweisstück. Ist ein weiterer Beweis notwendig, daß die Kommunisten bewaffnet waren? Ihre Kugeln richteten sich ja nicht nur gegen die Polizei, sondern auch der sozialdemokratische

Demonstrationsstreik in Paris

Alle Läden geschlossen — Kundgebungsverbot bis zur Weltausstellung?

Telegramm unsres Korrespondenten

H. **Paris**, 18. März

Der gestrige Mittwoch stand natürlich ganz im Zeichen der Blutnacht von Clichy, in der, wie jetzt amtlich feststeht, 5 Personen ihr Leben verloren, 164 Polizisten und 88 Demonstranten verletzt wurden. Das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen, bei denen es der Regierung darauf ankam, schon im Hinblick auf die bevorstehende Weltausstellung möglichst rasch und ungefährdet über den kritischen Zwischenfall hinwegzukommen, war ein Kompromiß. Dieses Kompromiß kam auf einer Besprechung zustande, die gestern in den späten Abendstunden zwischen Léon Blum, dem Innenminister Dormoy, dem Kriegsminister sowie den Vertretern des Gewerkschaftsringes der CGT. und den Delegierten der Volksfront stattfand. Um die aufgehetzten kommunistischen Massen zu „beruhigen", findet heute in Paris und in der Bannmeile rings um die französische Hauptstadt mit Zustimmung der Regierung ein halbtägiger Generalstreik statt. Sämtliche Fabriken und Ladengeschäfte bleiben heute vormittag geschlossen. Alle öffentlichen Betriebe streiken, namentlich Straßenbahnen, Autobusse und Untergrundbahn. Nur die Eisenbahner, die Müllabfuhr, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke arbeiten.

Dagegen ist es der Regierung gelungen, zu erreichen, daß von der Linken weder in der Kammer noch im Senat eine Interpellation über diese Ereignisse eingebracht wird. Daß diese Vorgänge aber in der Kammer, noch bevor sie in die Osterferien geht, zur Sprache kommen werden, ist wahrscheinlich. Im Kabinettsrat gestern abend erließ die Regierung einen Appell an alle Bürger und Parteien, künftig auf jegliche Kundgebungen zu verzichten. Die Kommunisten hatten ursprünglich sehr weitgehende Forderungen gestellt, zum Beispiel die Auflösung aller Rechtsparteien und die Verhaftung des Obersten de la Rocque und des Abgeordneten Doriot. Damit sind sie nicht durchgekommen. Die Sozialdemokraten wagten nicht so weit zu gehen wie ihre marxistischen Brüder, und die Radikalsozialen ließen durch ihren Fraktionsführer Campinchi erklären, daß gerade die Kommunisten nicht von Provokation reden dürften. Sie müßten sich endlich klar darüber sein, daß die größten Schwierigkeiten der Regierung Léon Blum gerade nur immer wieder von ihren eigenen Freunden bereitet würden. Außerdem sei es ein Unding, die Polizei vor die gefährliche Wahl zu stellen, entweder selbst zu töten oder getötet zu werden. (Irgendwelche Konsequenzen haben die radikalsozialen Bundesgenossen der Kommunisten aus den Vorgängen von Clichy nicht gezogen. Sie haben sich auch mit dem halbtägigen Generalstreik einverstanden erklärt. — D. Schriftltg.)

Auf der andern Seite scheint sich die Regierung bereit erklärt zu haben, einige der Rechtsparteien aufzulösen, die die Nachfolge der verbotenen nationalen Verbände angetreten haben. Im Anschluß an dieses Verbot sollen alle politischen Kundgebungen bis auf weiteres, jedenfalls bis zur Eröffnung der Weltausstellung, verboten werden.